

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 08.11.2017

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	20:20 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführerin:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschriften	
3.1.	aus der Sitzung vom 16.08.2017	
3.2.	aus der Sitzung vom 27.09.2017	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Verweisungen von Anfragen des Stadtrates	

- 5.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **0872/17**
10.05.2017
Vertagung aus den Sitzungen SAG vom 16.08.2017 /
27.09.2017
Finanzielle und räumliche Notlage der Thüringer Arbeits-
loseninitiative Soziale Arbeit e.V. (TALISA)
BE: Fragesteller Herr Kordon, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Jugend
- 5.2. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **1717/17**
10.05.2017
Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017
Beteiligung junger Menschen bei der Planung der Umge-
staltung nördliche Gera-Aue
BE: Fragesteller Herr Möller, Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften
- 5.3. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **1718/17**
06.09.2017
Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017
Richtlinie zur Förderung der Thüringer Kommunen bei
der Integration von Flüchtlingen
BE: Fragesteller Herr Möller, Fraktion SPD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Jugend
- 5.4. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom **2089/17**
18.10.2017
Betreuungsschlüssel und Eingruppierung in Vergütungs-
gruppen
Fragestellerin: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Jugend
6. Informationen
- 6.1. Vertagung aus den Sitzungen SAG vom 17.05.2017/ **0642/17**
27.09.2017
Dringliche Informationsaufforderung - Öffentliche Toi-
letten
BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Beigeordneter Bürgerservice, Sicherheit
und Wirtschaft

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 6.1.1. | Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom
17.05.2017 zum TOP 6.2 Öffentliche Toiletten (DS
0642/17)
hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicher-
heit und Wirtschaft | 1070/17 |
| 6.2. | Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017
Qualitätsbericht Ökumenisches Suchthilfzentrum
(ÖSHZ) 2016
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreter des Trägerverbandes aus Evange-
lischer Stadtmission und Caritasverband | 1497/17 |
| 6.3. | Qualitätsbericht Sucht- und Drogenhilfzentrum SiT
2016
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreter des Sucht- und Drogenhilfzent-
rums bei der SiT gGmbH | 1499/17 |
| 6.4. | Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017
Kommunales Beschäftigungsprogramm
BE: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Beigeordneter Bürgerservice, Sicherheit
und Wirtschaft | 1636/17 |
| 6.5. | Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017
Toilettenkonzept
BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Beigeordneter Bürgerservice, Sicherheit
und Wirtschaft | 1724/17 |
| 6.6. | Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017
Pflegestellen - Förderprogramm
BE: Herr Möller, Fraktion SPD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Jugend | 1902/17 |
| 6.7. | Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017
Dringliche Informationsaufforderung - Räumlichkeiten
für die Bahnhofsmision
BE: Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Jugend
Vorstand Ökumenische Bahnhofsmision Erfurt e.V. | 1934/17 |

- | | | |
|-------|--|----------------|
| 6.8. | Vorstellung der Beteiligungsstruktur für Kinder und Jugendliche in der Stadt Erfurt
BE: Leiter des Jugendamtes
hinzugezogen: Vertreter Stadtjugendring | 2031/17 |
| 6.9. | Vergabe und Ausschreibung Sicherheitsdienststelle Flüchtlingsheim
BE: Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften | 2046/17 |
| 6.10. | Modellprojekt "biko" angesiedelt bei pro familia
BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.,
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und Jugend
Projektmitarbeiterin "biko" | 2051/17 |
| 6.11. | Erstausstattung bei Erstbezug
BE: Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und Jugend
Vertreter Jobcenter Erfurt | 2281/17 |
| 6.12. | Sonstige Informationen | |

1. **Eröffnung und Begrüßung**

Die Ausschussvorsitzende Frau Rothe-Beinlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und alle anwesenden Gäste.

Im Anschluss ging sie auf die nicht stattgefundene Sitzung des Ausschusses vom 27.09.2017 ein. Sie entschuldigte sich bei den hierzu geladenen Gästen und appellierte an die Ausschussmitglieder frühzeitig eine Vertretung zu benennen, damit die Beschlussfähigkeit gewährleistet ist.

Gleichzeitig wies Frau Rothe-Beinlich darauf hin, dass es im Jahr 2018 zu 4 Überschneidungen mit den Plenarsitzungen des Landtages kommen wird, wovon einige Ausschussmitglieder betroffen sein werden.

2. **Änderungen zur Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende informierte über folgende Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung:

1. Vorziehen des TOP 6.2,
Drucksache 1497/17 Qualitätsbericht Ökumenisches Suchthilfezentrum (ÖSHZ) 2016
Grund sind hierzu eingeladene Gäste, die Behandlung soll nach TOP 4. erfolgen.
2. Vorziehen Top 6.3,
Drucksache 1499/17 Qualitätsbericht Sucht- und Drogenhilfezentrum SiT 2016
Grund sind hierzu eingeladene Gäste, die Behandlung soll nach TOP 6.2. erfolgen.
3. Vorziehen TOP 6.7
Drucksache 1934/17 Räumlichkeiten für die Bahnhofsmision
Grund sind hierzu eingeladene Gäste, die Behandlung soll nach TOP 6.3. erfolgen.
4. Vorziehen TOP 6.8
Drucksache 2031/17 Vorstellung der Beteiligungsstruktur für Kinder und Jugendliche in der Stadt Erfurt
Grund sind hierzu eingeladene Gäste, die Behandlung soll nach TOP 6.7. erfolgen.

5. Vorziehen TOP 6.10
Drucksache 2051/17 Modellprojekt "biko" angesiedelt bei pro familia
Grund ist ein eingeladener Gast, die Behandlung soll nach TOP 6.8. erfolgen.
6. Vorziehen TOP 6.11
Drucksache 2281/17 - Erstausrüstung bei Erstbezug
Grund ist ein eingeladener Gast, die Behandlung soll nach TOP 6.10. erfolgen.
7. Gemeinsam behandelt werden TOP 6.1 (Drucksache 0642/17, TOP 6.1.1 (Drucksache 1070/17) mit TOP 6.5 (Drucksache 1724/17)
Grund hierfür ist der thematische Zusammenhang – öffentliche Toiletten.

Herr Möller, Fraktion SPD, beantragte die gemeinsame Behandlung der Tagesordnungspunkte 6.8. (Drucksache 2031/17) und TOP 5.2. (Drucksache 1717/17).

Zu den genannten Änderungen gab es keinen Widerspruch seitens der Ausschussmitglieder.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

Die geänderte Tagesordnung wurde einvernehmlich bestätigt.

bestätigt Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0

3. Genehmigung der Niederschriften

3.1. aus der Sitzung vom 16.08.2017

genehmigt Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

3.2. aus der Sitzung vom 27.09.2017

genehmigt Ja 4 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

- 5.1. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 10.05.2017 0872/17
Vertagung aus den Sitzungen SAG vom 16.08.2017 / 27.09.2017
Finanzielle und räumliche Notlage der Thüringer Arbeitsloseninitiative Soziale Arbeit e.V. (TALISA)
BE: Fragesteller Herr Kordon, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte nach TOP 6.11.

Für die Thüringer Arbeitsloseninitiative Soziale Arbeit e.V. (TALISA) wurden neue Räumlichkeiten im Objekt Juri-Gagarin-Ring 78 gefunden.

Herr Kläser, Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, informierte zum Einweihungstermin am 15.11.2017, 11:00 Uhr.

zur Kenntnis genommen

- 5.2. Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 10.05.2017 1717/17
Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017
Beteiligung junger Menschen bei der Planung der Umgestaltung nördliche Gera-Aue
BE: Fragesteller Herr Möller, Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Die Drucksache 1717/17 wurde gemeinsam mit der Drucksache 2031/17 behandelt. (siehe Ausführungen zum TOP 6.8.)

zur Kenntnis genommen

- 5.3. **Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 06.09.2017** **1718/17**
Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017
Richtlinie zur Förderung der Thüringer Kommunen bei der Integration von Flüchtlingen
BE: Fragesteller Herr Möller, Fraktion SPD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Herr Möller, Fraktion SPD, schlug vor, diese Drucksache gemeinsam mit der Drucksache 2089/17 (TOP 5.3.) zu behandeln. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Aus seiner Sicht sollten diese Themen im Rahmen der Diskussion zum Integrationskonzept angesprochen werden. Im Anschluss erläuterte er die Hintergründe für seine Fragestellung.

Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, Herr Kläser, nahm zu der erfolgten Beantwortung Stellung.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, zeigte sich mit der Erklärung von Herrn Kläser einverstanden, wenngleich die gestellten Fragen mitnichten beantwortet wurden. Sie brachte ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass so etwas nicht noch einmal passiert.

zur Kenntnis genommen

- 5.4. **Verweisung aus der Sitzung des Stadtrates vom 18.10.2017** **2089/17**
Betreuungsschlüssel und Eingruppierung in Vergütungsgruppen
Fragestellerin: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend

Die Drucksache 2089/17 wurde gemeinsam mit der Drucksache 1718/17 behandelt. (siehe Ausführungen unter TOP 5.3.)

zur Kenntnis genommen

6. Informationen

- 6.1. Vertagung aus den Sitzungen SAG vom 17.05.2017/ 27.09.2017 0642/17
Dringliche Informationsaufforderung - Öffentliche Toiletten
BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Beigeordneter Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Die Drucksache 0642/17 wurde gemeinsam mit der Drucksache 1070/17 und der Drucksache 1724/17 (TOP 6.5) behandelt.

Zum Thema wurde die zuständige Mitarbeiterin des Beteiligungsmanagements begrüßt. Diese informierte die Ausschussmitglieder im Anschluss zum aktuellen Arbeitsstand. Im Rahmen der Verhandlungen zum neuen Werbevertrag ist es gelungen, die Toilettenanlagen am Rathausparkplatz und an der Augustmauer (barrierefrei) wieder zu eröffnen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich für die Antwort und hatte Nachfragen zu den Kosten für die Erstellung des Toilettenkonzepts für die Stadt Erfurt. In diesem Zusammenhang verwies sie auf den Haushaltsbegleitbeschluss¹, der noch nicht realisiert ist.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, hatte Fragen zur Nachnutzung der Toilettenanlagen, die im Rahmen der BUGA entstehen werden. Hierzu führte die Mitarbeiterin des Amtes für Stadtentwicklung und -planung aus und erläuterte die Standorte im Bereich der Geraue.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, bekräftigte die Notwendigkeit für ein Toilettenkonzept.

Frau Stange zeigte sich mit der Beantwortung der o.g. drei Drucksachen einverstanden, bat aber um Wiedervorlage des Themas und Umsetzung des Haushaltsbegleitbeschlusses. Dies wurde von Frau Thierbach zugesagt.

zur Kenntnis genommen

¹ Anm.: Haushaltsbegleitbeschluss Nr. 17; vgl. auch Drucksache 1724/17

- 6.1.1. **Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017** 1070/17
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom
17.05.2017 zum TOP 6.2 Öffentliche Toiletten (DS
0642/17)
hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit
und Wirtschaft

Die Drucksache wurde gemeinsam mit der Drucksache 0642/17 und der Drucksache 1724/17 behandelt.

(siehe Ausführungen unter TOP 6.1.)

zur Kenntnis genommen

- 6.2. **Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017** 1497/17
Qualitätsbericht Ökumenisches Suchthilfezentrum (ÖSHZ)
2016
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreter des Trägerverbandes aus Evange-
lischer Stadtmission und Caritasverband

Der TOP wurde vorgezogen und nach dem TOP 4. behandelt.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, begrüßte den anwesenden Vertreter des Caritasverbandes und bedankte sich für den vorliegenden Bericht.

Ihm wurde seitens der Ausschussmitglieder einvernehmlich das Rederecht erteilt. Er entschuldigte zunächst die erkrankte Vertreterin der Evangelischen Stadtmission und erläuterte anschließend Schwerpunkte des vorliegenden Berichtes. Im Anschluss ging er auf die Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder ein.

° Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, zu Präventionsmaßnahmen insbesondere an Schulen.

° Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Inanspruchnahme des Onlineportals.

° Frau Tillmann, Fraktion CDU, zu den Suchtarten und den erfassten Klienten in der Altersgruppe über 55 Jahre.

° Frau Schmidt, sachkundige Bürgerin, zur Bekämpfung der Kaufsucht - entsprechende Angebote gibt es in Thüringen nicht.

Der Vertreter des Caritasverbandes beantwortete die aufgeworfenen Fragen.

Die Ausschussvorsitzende bedankte sich im Namen der Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung für die geleistete Arbeit und übermittelte Grüße an die Vertreterin der Evangelischen Stadtmission.

zur Kenntnis genommen

6.3. Qualitätsbericht Sucht- und Drogenhilfzentrum SiT 2016 1499/17
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreter des Sucht- und Drogenhilfzent-
rums bei der SiT gGmbH

Der TOP wurde vorgezogen und nach TOP 6.2 behandelt.

Frau Rothe-Beinlich begrüßte die Vertreter des Sucht- und Drogenhilfzentrums bei der SiT gGmbH recht herzlich.

Das Rederecht für die anwesenden Gäste wurde einvernehmlich erteilt.

Die Gäste bedankten sich für Möglichkeit, über aktuelle Probleme ihrer Tätigkeit zu sprechen.

Die Lage von jährlich ca. 400 Patienten kann als stabil eingeschätzt werden. Sehr auffällig ist die Anzahl der Doppel- und Mehrfachdiagnosen. Bei den Altersgruppen ist eine Tendenz nach unten feststellbar (ab 30 Jahre).

Die Droge Crystal spielt nach wie vor eine große Rolle in der Drogenlandschaft. Festzustellen ist der Anstieg beim Austausch von Spritzen.

Als ein Problem nannte die Vertreterin der Beratungsstelle "Knackpunkt" die unzureichende Versorgung der Klienten mit Wohnraum. Damit macht sich eine lange Verweildauer in den Notschlafstellen erforderlich. Im Jahr 2018 sollte dem Problem größere Beachtung geschenkt werden. Auch im Hinblick auf die Schaffung von Perspektiven für die Klienten wäre dieser Aspekt nach ihrer Auffassung sinnvoll.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bedankte sich für die Ausführungen und die klaren Worte.

An der sich anschließenden Diskussion gab es seitens der Ausschussmitglieder nachfolgende Fragen

° Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, zur Prävention, zu den Doppeldiagnosen und zur Zusammenarbeit der Ärzte

In der Beantwortung wurde darauf verwiesen, dass präventiv mehr Anlaufstellen erforderlich wären. Auf fehlende Kapazitäten und daraus bedingte Absagen auf Wünschen der Schulen zur Durchführung von Präventions-Veranstaltungen wurde hingewiesen. Doppel-

diagnosen sind nicht nur statistisch erfasst, sondern tatsächlich feststellbar. Hier fehlen allerdings fachliche Diagnosen durch Fachärzte. Wünschenswert wären Suchtambulanzen, in der Diagnostik und Behandlung möglich sind.

° Frau Tillmann, Fraktion CDU, fragte nach Möglichkeiten der Wohnungsbereitstellung. Wären Gebäude mit entsprechender Betreuung eine Lösung?

Aus Sicht der Vertreter der SiT kann diese Frage nicht beantwortet werden, auf die kommunalen Vermietungsstrukturen mit den Trägern wurde verwiesen.

° Herr Prof. Dr. med. Dr. med. habil. Hartmann, sachkundiger Bürger, fragte nach dem Einsatz eines kassenärztlichen Psychologen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass ein Psychologe in dieser Einrichtung keine Zulassung erhält.

° Herr Möller, Fraktion SPD, fragte nach, ob es einer höheren Anzahl von Übergangswohnheimen bedarf. Er verwies auf die KoWo GmbH sowie deren Vernetzungsmöglichkeiten.

Zu Fragen der Drogenanwendung wollte er wissen, wie sich der Kontakt zum Jugendschutz gestaltet.

In der Beantwortung wurde auf das aufgeklärte Suchtverhalten eingegangen, hier zeigen sich positive Ergebnisse aus den Beratungen im Rahmen des Jugendschutzes.

Herr Möller bedankte sich für die Beantwortung und bat um die Bereitstellung von Protokollen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG). Von besonderem Interesse sind hierbei die abgelehnten Anfragen aufgrund fehlender Kapazitäten. Die Übergabe an die Mitglieder des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung sowie den Jugendhilfeausschuss wurde zugesagt.	DS 2526/17
--	---------------

Von Seiten der Ausschussmitglieder wird um Beantwortung der Frage: <ul style="list-style-type: none">• Wie viele Präventions-Veranstaltungen mussten wegen mangelnden Kapazitäten beim Sucht- und Drogenhilfzentrum abgesagt werden? gebeten.	DS 2527/17
---	---------------

° Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hinterfragte, inwieweit es Erfahrungen mit leistungssteigernden Substanzen gibt und welche Klientel hier ggf. besonders belastet betroffen sei.

Nach Auskunft der Vertreter der SiT zieht sich die Anwendung dieser Substanzen durch alle Bevölkerungsgruppen, allerdings kommt dieser Personenkreis nicht in die Beratungsstelle.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, bot an, sich mit den Vertretern der SiT hinsichtlich Anregungen zur Änderung des Bundesteilhabegesetzes in Verbindung zu setzen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., stellte fest, dass die Unterstützung und Versorgung von Wohnraum für sozial Schwache und drogenabhängigen Personen fraktionsübergreifend betrachtet werden muss.

Nach Abschluss der Diskussion bedankte sich Frau Rothe-Beinlich bei den anwesenden Gästen für ihre detaillierten Ausführungen.

zur Kenntnis genommen

- 6.4. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017 1636/17**
Kommunales Beschäftigungsprogramm
BE: Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Beigeordneter Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte nach dem TOP 6.1.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es nähere Erläuterungen durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach. Sie verwies darauf, dass an dieser Stelle noch keine abschließenden Aussagen getroffen werden können. Entsprechende Eigenmittel müssten in den kommenden Haushalt 2019 eingestellt werden. Sie warb um Unterstützung durch die Fraktionen.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich für die Beantwortung.

zur Kenntnis genommen

- 6.5. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017 1724/17**
Toilettenkonzept
BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Beigeordneter Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Die Drucksache wurde gemeinsam mit der Drucksache 0642/17, TOP 6.1, und der Drucksache 1070/17, TOP 6.1.1, behandelt.
(siehe Ausführungen unter TOP 6.1.)

zur Kenntnis genommen

- 6.6. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017 1902/17**
Pflegestellen - Förderprogramm
BE: Herr Möller, Fraktion SPD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung und Jugend

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine weiteren Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 6.7. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 27.09.2017 1934/17**
Dringliche Informationsaufforderung - Räumlichkeiten für
die Bahnhofsmision
BE: Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für So-
ziales, Bildung und Jugend
Vorstand Ökumenische Bahnhofsmision Erfurt e.V.

Der TOP wurde vorgezogen und nach TOP 6.3. behandelt.

Die zu diesem TOP anwesenden Vertreterinnen der Ökumenischen Bahnhofsmision Erfurt e.V. wurden begrüßt und ihnen einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Sie bedankten sich für die Möglichkeit, über ihre rein ehrenamtliche Tätigkeit zu berichten. Nach ihren Aussagen würden sich noch mehr Ehrenamtliche finden, die auch an den Wochenenden tätig sein möchten. Als Problem wurden allerdings die fehlenden Räumlichkeiten im Bahnhofsgelände genannt. Hier baten die Vertreterinnen der Ökumenischen Bahnhofsmision Erfurt e.V. um politische Unterstützung seitens der Ausschussmitglieder.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, schloss sich der Bitte der Bahnhofsmision an und bat um Unterstützung bei der Suche nach einem geeigneten Raum.

Herr Möller, Fraktion SPD, hinterfragte die Verantwortung der Deutschen Bahn. Er regte weiterhin an zu prüfen, wie es in vergleichbaren Städten z.B. Kassel oder Fulda geregelt ist.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, verwies auf die bereits vor einigen Jahren geführte Diskussion mit der Deutschen Bahn zum gleichen Thema. Sie schlug vor, zur Begründung der Notwendigkeit seitens der Freiwilligen vom Verein Ökumenische Bahnhofsmision einen Nachweis der Anzahl der Fälle (Unterstützungsbedarfe) zu erbringen.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, unterstützt das Anliegen und betonte, dass die Stadt froh über die Unterstützung der Bahnhofsmision sein kann!

Sie äußerte ihre Hoffnung, eine schnelle Lösung für einen Raum im Bahnhof oder in direkter Nähe zum Bahnhof zu finden. Darüber hinaus bot sie weitere politische Unterstützung an.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., stellte fest, dass im Rahmen der heutigen Ausschusssitzung keine Lösung gefunden werden wird und schlug vor, das Thema bis zum Vorliegen von den genannten Prüfungsergebnissen zu vertagen.

Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, Herr Kläser, informierte über geführte Gespräche mit der LEG, die auch keine Räume zur Verfügung stellen können.

Das Aufstellen von Containern ist nicht möglich, da das im Bereich des Bahnhofs zur Verfügung stehende städtische Grundstück zu klein bemessen sei. Darüber hinaus informierte er über eine Vereinbarung zwischen der Deutschen Bahn und der Landeshauptstadt Erfurt über das kurzzeitige Verweilen von Obdachlosen im Bahnhofsgebäude. Für weitergehende Hilfen sind bei den verantwortlichen Stellen im Bahnhofsmanagement und auch bei der Bundespolizei entsprechende Listen mit Kontaktmöglichkeiten hinterlegt, betonte Herr Kläser.

Herr Möller, Fraktion SPD, stellte fest, dass die Bahnhofsmision nicht unbedingt notwendig ist. Es handelt sich um ein zusätzliches Angebot der Kirchen, was von ihm aber ebenfalls begrüßt wird.

Die Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion wie folgt zusammen:

- Sie dankte den Mitgliedern des Vereins Ökumenische Bahnhofsmision Erfurt e.V. für ihren ehrenamtlichen Einsatz, dessen Notwendigkeit offenkundig vorhanden sei.
- Die Bahnhofsmision erhält bei der Suche nach Räumlichkeiten im oder in der Nähe des Hauptbahnhofes eine politische Unterstützung.
- Die Bahnhofsmanagerin sollte in eine der nächsten Ausschusssitzung eingeladen werden, um konkret über mögliche Räume für die Bahnhofsmision im Bahnhofsgebäude zu sprechen.
- Als Grundlage für die weitere Debatte in einer der nächsten Ausschusssitzungen arbeitet die Ökumenische Bahnhofsmision Erfurt e. V. die Bedarfe (Unterstützungsfälle) zu.

Den Vertreterinnen der Ökumenischen Bahnhofsmision Erfurt e.V. wurde für ihr ehrenamtliches Engagement gedankt.

Die erneute Behandlung der Drucksache erfolgt in Anwesenheit der Bahnhofsmanagerin und der Vertreterinnen der Bahnhofsmision in der Sitzung des Ausschusses am 17.01.2018.

vertagt

6.8. Vorstellung der Beteiligungsstruktur für Kinder und Jugendliche in der Stadt Erfurt **2031/17**
BE: Leiter des Jugendamtes
hinzugezogen: Vertreter Stadtjugendring

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach den TOP 6.7. behandelt.

Wie unter TOP 2 festgelegt, erfolgte eine gemeinsame Behandlung dieser Drucksache mit der Drucksache 1717/17 (TOP 5.2.)

Die anwesenden Vertreter des Stadtjugendrings wurden begrüßt. Nachdem ihnen einvernehmlich das Rederecht erteilt wurde, stellten sie die Beteiligungsstruktur für Kinder und Jugendliche in der Landeshauptstadt Erfurt anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend, Frau Thierbach, stellte fest, dass der Prozess im Rahmen der BUGA bereits begonnen hat. Sie verwies auf die Zusammenarbeit der Ämter und die Beteiligung des BUGA-Ausschusses.

Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, führte zum Thema Barrierefreiheit aus und verwies auf die bestehende Arbeitsgruppe "Barrierefreies Erfurt". In der Umsetzung der Beteiligungsstruktur sollte diese "mitgenommen" werden. Diesen Hinweis werden die Vertreter des Stadtjugendrings bei der weiteren Umsetzung beachten.

Herr Möller, Fraktion SPD, sprach in diesem Zusammenhang die Umgestaltung des Jugendhauses "Renne" an.

Der Dezernatsreferent für Soziales, Bildung und Jugend informierte ergänzend, dass einige Planungen bereits laufen. Künftig wird darauf zu achten sein, die Beteiligung der Jugendlichen bei der Umsetzung der Planungen zu gewährleisten.

Da es keine weiteren Nachfragen gab, bedankte sich die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, für die Ausführungen und beendete den Tagesordnungspunkt.

zur Kenntnis genommen

6.9. Vergabe und Ausschreibung Sicherheitsdienststelle **2046/17**
Flüchtlingsheim
BE: Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte nach dem TOP 6.6.

Frau Tillmann, Fraktion CDU, zeigte sich mit der Beantwortung nicht einverstanden. Sie stellte fest, dass die tarifgebundenen Löhne für die Sicherheitsdienste nicht in den Ausschreibungen berücksichtigt werden.

Zum Sachverhalt gab es detaillierte Ausführungen vom zuständigen Mitarbeiter des Amtes für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung.

Er informierte zur Gestaltung der Ausschreibungsunterlagen und zum allgemeinen Vergaberecht. Die Einhaltung der Tariftreue hat allgemeinverbindlichen Charakter.

Darüber hinaus erläuterte er die Zusammenarbeit mit der Verdingungsstelle.

Auf die unterschiedlichen Tarife für das Thüringer Bewachungsgewerbe wurde verwiesen. Für die Ausschreibung von Sicherheitsleistungen gilt der Thüringer Bewachungstarifvertrag, der Grundlage der vom Fachamt erstellten Ausschreibungskriterien war. Von der Zentralen Vergabestelle wurde jedoch diese Bedingung mit dem Verweis auf die Tariftreue-Erklärung der Bieter, die an das Arbeitnehmer-Entsendegesetz gebunden sind, nicht in den Ausschreibungstext aufgenommen.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, betonte, dass die Mitglieder des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung immer für die Einhaltung der tariflichen Vereinbarungen und die Beachtung des Mindestlohnes eintreten.

Vor der Vergabe der Sicherheitsleistungen (30.11.2017) ist eine Klärung der angesprochenen Probleme dringend erforderlich.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend wird diese Angelegenheit mitnehmen und in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters ansprechen.

Es wird zum Fortgang auch im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung berichtet.

Einvernehmlich wurde folgende Festlegung getroffen:

Die mündlichen Erläuterungen zur Vergabeproblematik bei der Ausschreibung von Sicherheitsleistungen (Bewachungsleistungen) werden schriftlich dargestellt. Dabei ist insbesondere auf die festgestellten "Regelungslücken" einzugehen. V.: Dezernat Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften T.: 29.11.2017	DS 2492/17
--	---------------

zur Kenntnis genommen

- 6.10. Modellprojekt "biko" angesiedelt bei pro familia 2051/17**
BE: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.,
hinzugezogen:
Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und
Jugend
Projektmitarbeiterin "biko"

Die Behandlung des TOP wurde vorgezogen und erfolgte nach dem TOP 6.8.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde die Projektmitarbeiterin "biko" bei pro familia recht herzlich begrüßt. Ihr wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt. Sie bedankte sich für die Möglichkeit zur Vorstellung ihrer Arbeit und gab weitere Erläuterungen.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bedankte sich für die Beantwortung. Die gewünschte Information zu den konkreten Zahlen liegt erst ca. Ende des ersten Quartals 2018 vor. Um das Projekt einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen, damit mehr Frauen die Unterstützung in Anspruch nehmen können, schlug sie eine Veröffentlichung im Amtsblatt vor.

Die Verwaltung sollte dahingehend prüfen, inwieweit eine Veröffentlichung im Amtsblatt möglich ist, um das Projekt "biko" bekannter zu machen. Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend wird dieses Anliegen mitnehmen.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bedankte sich bei der Vertreterin des Projektes und schlug vor, den Tagesordnungspunkt in der Ausschusssitzung am 25.04.2018 erneut aufzurufen. Dort wird über die Bekanntmachung im Amtsblatt und die konkrete Anzahl an Unterstützungsfällen im Jahr 2017 berichtet werden.

vertagt

- | | | |
|--------------|--|----------------|
| 6.11. | Erstausstattung bei Erstbezug | 2281/17 |
| | BE: Frau Tillmann, Fraktion CDU | |
| | hinzugezogen: | |
| | Bürgermeisterin und Beigeordnete Soziales, Bildung und Jugend | |
| | Vertreter Jobcenter Erfurt | |

Die Behandlung des TOP wurde vorgezogen und erfolgte nach dem TOP 6.10.

Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, Herr Kläser, sowie die anwesenden Vertreter des Jobcenters Erfurt gaben kurze Erläuterungen zur Situation.

Sie bestätigten, dass die Vereinheitlichung bei der Erstausstattung mit einer neuen Richtlinie sichergestellt ist.

Alle Anspruchsberechtigten werden gleich behandelt und erhalten die gleichen Wohnungseinrichtungsgegenstände.

Mit der Beantwortung zeigte sich Frau Tillmann, Fraktion CDU, zufrieden.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bedankte sich für die Beantwortung auch bei den anwesenden Gästen.

zur Kenntnis genommen

6.12. Sonstige Informationen

Es gab keinen weiteren Informationsbedarf seitens der Ausschussmitglieder und seitens der Verwaltung.

Damit beendete die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, die öffentliche Sitzung und stellte im Anschluss die Nichtöffentlichkeit her.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in